

Generalsekretär Peter Hintze:

Ein gutes Signal für unser Land

Der Deutsche Bundestag hat Helmut Kohl mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP zum fünften Mal zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Dies ist ein gutes Signal für unser Land. Helmut Kohl und die CDU haben damit auch in der zweiten Legislaturperiode des wiedervereinten Deutschlands den Auftrag für die Ausgestaltung der inneren Einheit erhalten. Dieser Verantwortung wollen und werden wir gerecht werden.

Die Wahl von Helmut Kohl zum Bundeskanzler ist für die CDU der positive Abschluß eines überaus erfolgreichen Jahres. Seine Wahl hat noch einmal für jeden überzeugend verdeutlicht: Helmut Kohl

**Die CDU gratuliert
Helmut Kohl
zur erneuten Kanzlerwahl**

und die CDU sind die Sieger des großen Wahljahres 1994. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands gratuliert Helmut Kohl zu dem überzeugenden Vertrauensbeweis des Bundestages. Wir werden auch in den nächsten vier Jahren solidarisch hinter unserem Bundeskanzler stehen und ihn in seiner

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Bundesregierung

Das neue Kabinett Kohl.
Seite 3

● Europa

Schweden ist uns willkommen.
Bundeskanzler Helmut Kohl:
Von Europamüdigkeit keine
Rede. Seite 4

● Innere Sicherheit

Neues Bundesgrenzschutzgesetz
am 1. November in Kraft getreten.
Seite 5

● CDU Berlin

Eberhard Diepgen: Die PDS
entschlossen bekämpfen, aber
um deren Wähler werben.
Seite 6

● Dokumentation

Das vereinte Deutschland
zukunftsfähig machen. Die
Koalitionsvereinbarung von
CDU, CSU und FDP für die
13. Legislaturperiode des
Deutschen Bundestages.
Grüner Teil

Koalition kann ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen

Zur Wiederwahl von Helmut Kohl zum Bundeskanzler im ersten Wahlgang erklärte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag Michael Glos:

Die Wiederwahl des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl zum Bundeskanzler ist eine glückliche Stunde für die Zukunft Deutschlands. Die Koalition der Mitte wird mit Helmut Kohl an der Spitze ihre erfolgreiche Arbeit

fortsetzen, um den Standort Deutschland angesichts vielfältiger Herausforderungen fit zu machen und die Einigung eines handlungsfähigen und bürgernahen Europas voranzutreiben. Die CSU-Landesgruppe gratuliert Helmut Kohl sehr herzlich. Wir wünschen ihm Kraft, Erfolg und Gottes Segen bei seiner wichtigen und verantwortungsvollen Aufgabe für die kommenden vier Jahre. Heute ist ein guter Tag für Deutschland.

(Fortsetzung von Seite 1)

schweren Aufgabe stützen und stärken. Die Kanzlerwahl zeigt die Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der Koalition der Mitte. Dies ist ein guter Auftakt für eine erfolgreiche Arbeit der Koalition. Wir haben die Koalitionsverhandlungen im Geiste der Partnerschaft geführt. In diesem Sinne werden wir auch in der Regierung zusammenarbeiten.

Deutschland zukunftsfähig machen

Das gemeinsame Ziel von CDU, CSU und FDP ist es, Deutschland gut auf das 21. Jahrhundert vorzubereiten und damit zukunftsfähig zu machen. Zukunftsfähigkeit setzt die Bereitschaft zu Erneuerung und Modernisierung voraus. Deshalb werden wir unsere Politik der gestalten-den Reformen, die das Markenzeichen der Regierung Kohl seit 1982 ist, fortsetzen. Wir werden die Wirtschaft durch die Absenkung der Staatsquote, die Zurückführung der Steuer- und Abgabenbelastung und die Förderung neuer Wachstumsfelder stärken, um so neue zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir werden den Staat schlanker und effizienter machen, und damit den Sparwil-

len der Regierung verdeutlichen. Wir werden die Familien stärken und den Umbau des Sozialstaates voranbringen. Dies ist der richtige Weg, um unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen. Und nicht zuletzt werden wir unsere erfolgreiche Politik zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen fortsetzen, denn wir tragen Verantwortung dafür, daß auch unsere Kinder in einer gesunden Umwelt leben können. Die Koalition der Mitte ist willens und entschlossen — und das auch mit der Bereitschaft zu unpopulären Maßnahmen —, zu handeln, um unser Land zukunftssicher zu machen. Dies ist unser Auftrag. Wir wollen damit die innere und äußere Gestalt des wiedervereinten Deutschlands an der Schwelle zum 21. Jahrhundert prägen.

Personalie

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, hat den CDU-Abgeordneten **Joachim Hörster** als neuen Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion und damit als Nachfolger von Jürgen Rüttgers vorgeschlagen.

Das neue Kabinett Kohl

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am 17. November die Besetzung seines neuen Kabinetts bekanntgegeben:

● Bundeskanzler:

Helmut Kohl

● Besondere Aufgaben,

Chef Kanzleramt:

Friedrich Bohl (CDU)

Staatsminister: Anton Pfeifer (CDU),

Bernd Schmidtbauer (CDU)

● Außen:

Klaus Kinkel (FDP)

Staatsminister: Helmut Schäfer (FDP),

Werner Hoyer (FDP)

● Innen:

Manfred Kanther (CDU)

Parlamentarische Staatssekretäre:

Eduard Lintner (CDU),

Horst Waffenschmidt (CDU)

● Justiz:

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Rainer Funke (FDP)

● Finanzen:

Theo Waigel (CSU)

Parlamentarische Staatssekretäre:

Kurt Faltlhauser (CSU),

Irmgard Karwatzki (CDU)

● Wirtschaft:

Günter Rexrodt (FDP)

Parlamentarische Staatssekretäre:

Heinrich Kolb (FDP),

Norbert Lammert (CDU)

● Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Jochen Borchert (CDU)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Wolfgang Gröbl (CSU)

● Arbeit und Sozialordnung:

Norbert Blüm (CDU)

Parlamentarische Staatssekretäre:

Horst Günther (CDU),

Rudolf Kraus (CSU)

● Verteidigung:

Volker Rühle (CDU)

Parlamentarische Staatssekretäre:

Michaela Geiger (CSU), Bernd Wilz (CDU)

● Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Claudia Nolte (CDU)

Parlamentarische Staatssekretärin:

Gertrud Dempwolf (CDU)

● Gesundheit:

Horst Seehofer (CSU)

Parlamentarische Staatssekretärin:

Sabine Bergmann-Pohl (CDU)

● Verkehr:

Matthias Wissmann (CDU)

Parlamentarische Staatssekretäre:

Manfred Carstens (CDU),

Johannes Nitsch (CDU)

● Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Angela Merkel (CDU)

Parlamentarische Staatssekretäre:

Walter Hirche (FDP),

Ulrich Klinkert (CDU)

● Post und Telekommunikation:

Wolfgang Bötsch (CSU)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Paul Laufs (CDU)

● Raumordnung, Bauwesen und Städtebau:

Klaus Töpfer (CDU)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Joachim Günther (FDP)

● Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie:

Jürgen Rüttgers (CDU)

Parlamentarische Staatssekretäre:

Bernd Neumann (CDU),

Cornelia Yzer (CDU)

● Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Carl Dieter Spranger (CSU)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Klaus-Jürgen Hedrich (CDU)

Schweden ist uns willkommen

Zum schwedischen Referendum über den Beitritt zur Europäischen Union erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:

Knapp, wenn auch weniger knapp als zuletzt befürchtet, haben die Schweden sich für den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union ausgesprochen. Schweden ist ein unerläßlicher Bestandteil des vielgestaltigen kulturellen Reichtums Europas. Schweden war schon bisher hilfreich bei der großen Aufgabe, die Länder östlich seiner und unserer Grenze an Europa heranzuführen und so zu stabilisieren. Daß Schweden „Netto-Zahler“ sein wird, ist nicht zu vernachlässigen, auch wenn dieser Aspekt in Deutschland zuweilen ein wenig überbetont wird.

Schweden ist uns willkommen in der Union.

Die Kampagne im Vorfeld des Referendums hat gezeigt, wie groß die Widerstände in der schwedischen Bevölkerung sind, die die schwedische Führung noch zu überwinden hat, um das Land voll in die Union einzugliedern. Darauf müssen die Institutionen der Union Rücksicht nehmen. Es war kein Zufall, daß maßgebliche schwedische Persönlichkeiten den Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion, bei der Revisionskonferenz 1996 die Methode der variablen Geometrie generell einzuführen, begrüßt haben.

Aber es gilt auch der Satz des Bundeskanzlers, daß „das langsamste Schiff nicht das Tempo des ganzen Geleitzuges bestimmen darf“.

Von Europamüdigkeit keine Rede

Zum Ergebnis des Referendums über den Beitritt Schwedens zur Europäischen Union am 13. November gab Bundeskanzler Helmut Kohl folgende Erklärung ab:

Ich begrüße die Zustimmung der schwedischen Bürgerinnen und Bürger zum Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union. Das Referendum hat — wie schon die Abstimmungen in Österreich am 12. Juni 1994 und in Finnland am 16. Oktober 1994 — erneut die große Anziehungskraft des vereinten Europas bestätigt. Die Ergebnisse der Referenden in Österreich, Finnland und Schweden sind ein klares Signal, daß von einer angeblichen „Europamüdigkeit der Bürger“ nicht die Rede sein kann.

Mit dem erfolgreichen Ausgang der

Abstimmung in Schweden sind wir unserem Ziel, die Erweiterung der Europäischen Union um die vier EFTA-Länder Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen gemeinsam zum 1. Januar 1995 zu verwirklichen, einen entscheidenden Schritt näher gekommen. Die Bundesregierung und ich persönlich haben den Beitritt dieser Länder von Anfang an nachdrücklich unterstützt und gefördert.

Ich hoffe sehr, daß auch die Bürger Norwegens sich beim anstehenden Referendum für die Europäische Union, für eine gemeinsame Zukunft in Frieden, Freiheit, Wohlstand und sozialer Sicherheit entscheiden werden. Unser aller Zukunft liegt im vereinten Europa, das durch den Beitritt von Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen weiter gestärkt wird.

Neues Bundesgrenzschutzgesetz am 1. November in Kraft getreten

Das neue BGS-Gesetz wird den Bundesgrenzschutz in die Lage versetzen, seine Aufgaben noch wirksamer als bisher zu erfüllen; die zum Teil neu geregelten Befugnisse erlauben dem Bundesgrenzschutz noch effizientere Grenzkontrollen und gezieltere Maßnahmen im Kampf gegen illegale Zuwanderung und Schleuserkriminalität.

So ist zum Beispiel die Identitätsfeststellung und erkennungsdienstliche Behandlung im Grenzgebiet bis hin zu einer Tiefe von 30 km zulässig. Dies ermöglicht dem BGS, auch gegen Schlepper und Illegale vorzugehen, die nicht unmittelbar an der Grenze gestellt, sondern z. B. erst auf den Zufahrtsstraßen im Hinterland getroffen werden. Weiterhin ist der Einsatz von automatischen Bildaufnahmegeräten an der Grenze sowie eine erleichterte Betretensbefugnis von Wohnungen vorgesehen, die erfahrungsgemäß von Schleppern oder Personen ohne Aufenthaltserlaubnis als Treffpunkt genutzt werden.

Zur Bekämpfung extremistischer oder gewalttätiger Ausschreitungen dient der im Gesetz geplante Unterbindungsgewahrsam bis zu vier Tagen. Dadurch kann die Fortsetzung eines Landfriedensbruchs oder einer gemeinschaftlich begangenen Nötigung verhindert werden.

Hierzu erklärte Bundesinnenminister **Manfred Kanther**: „Mit dem Inkrafttreten des neuen Bundesgrenzschutzgesetzes am 1. November 1994 erhält der Bundesgrenzschutz eine neue und zukunftsweisende Rechtsgrundlage für seine vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben als Polizei des Bundes. Das umfassend überarbeitete Bundesgrenzschutzgesetz ist ein

sichtbarer Beleg für den hohen Stellenwert, den die Gesetzgebungsorgane des Bundes und die Bundesregierung dem Beitrag des Bundesgrenzschutzes zur Inneren Sicherheit unseres Landes und seiner Bürger beimessen.

Das Gesetz bestätigt und festigt die Funktion des Bundesgrenzschutzes als unverzichtbarem Bestandteil des föderalen Sicherheitsverbundes in der Bundesrepublik Deutschland.

Innere Sicherheit ist eine grundlegende Voraussetzung für ein freiheitliches und friedliches Zusammenleben in unserem demokratischen Gemeinwesen. Der

Der Bundesgrenzschutz erhält eine neue Rechtsgrundlage für seine vielfältigen Aufgaben als Polizei des Bundes.

Schutz wesentlicher Rechtsgüter wie Leben und Gesundheit, Eigentum und Freiheit der Bürger vor Verbrechen und Gewalt ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Deshalb muß den staatlichen Sicherheitsorganen angesichts einer wachsenden Bedrohung durch Allgemeinkriminalität, organisiertes Verbrechen, grenzüberschreitende Kriminalität und politisch motivierte Gewalttaten neben der notwendigen personellen und materiellen Ausstattung auch ein wirksames rechtliches Instrumentarium an die Hand gegeben werden.

Dieser Anspruch wird für den Bundesgrenzschutz vor allem durch eine rechtsstaatlich ausgewogene Fortentwicklung der polizeilichen Befugnisse in diesem neuen Gesetz erfüllt.“ ■

Diepgen: Die PDS entschlossen bekämpfen, um deren Wähler werben

„Wir werden bei den kommenden Wahlen in Berlin um jeden Wähler der PDS kämpfen, aber ebenso werden wir die umbenannte SED entschlossen und mit allen Mitteln bekämpfen!“ Mit diesen Worten gab Eberhard Diepgen auf dem 8. Landesparteitag am 12. November der Berliner CDU die Richtung der Union an.

Gleichzeitig warf er der SPD vor, die PDS mit klammheimlichen Bündnissen und stillen Gesellschaften hoffähig gemacht zu haben. Er erinnerte an den rauschenden Beifall bei der Frage der Fernseh-Journalistin Lea Rosh „PDS — na und?“ auf dem Berliner SPD-Landesparteitag und daran, daß z. B. auch der Kreuzberger SPD-Bürgermeister die PDS nur als Konkurrenten, die CDU aber als politischen Gegner bezeichnet hat. Strieder ist immerhin Wortführer des linken SPD-Flügels.

In diesem Zusammenhang warnte Diepgen vor der Gefahr, daß die SPD als Koalitionspartner die Entscheidungsfähigkeit des Senats beeinträchtigen und damit eine entscheidende Gefahr für Berlin heraufbeschwören könne.

Nachdrücklich setzte sich Diepgen für die oft verschmähten „Sekundärtugenden“ ein, nannte aber als politische Kernpunkte der Union Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit und Solidarität. Er bekannte, daß er kein Freund der Frauenquote sei, doch könne die Partei sie nur verhindern, wenn sie von sich aus eine angemessene Vertretung der Frauen in den Entscheidungsgremien durchsetze. Nachdrücklich setzte er sich auch für eine stärkere Öffnung der Partei für Jüngere, Leistungsträger und Quereinsteiger

ein: „Die Union ist schließlich die Zusammenfassung der verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft!“

Ohne die früheren Äußerungen führender Berliner SPD-Funktionäre über ein „Hauptstadt-Gequatsche“ ausdrücklich zu erwähnen, erhob Diepgen für die Union den Anspruch, Berlin- und Hauptstadtpartei zu sein, wobei er auch die Bereitschaft zu dafür notwendigen unpopulären Maßnahmen bekräftigte. Bei der Verwirklichung einer werteorientierten Politik der CDU werde es aber entscheidend sein, daß es so schnell wie möglich zu einer Zusammenarbeit in der Region Berlin — Brandenburg komme.

Polizei braucht Waffengleichheit

Großen Beifall erhielt Bernd Schmidtbauer, Staatsminister im Bundeskanzleramt und dort zuständig für die Koordination der Geheimdienste, vom Berliner CDU-Landesparteitag für seine Forderung, daß der Polizei in ihrer Auseinandersetzung mit der internationalen organisierten Kriminalität Waffengleichheit gewährt werden müsse.

Es sei unglaublich, so Schmidtbauer, daß bereits vorhandene Erkenntnisse über organisierte Verbrecherbanden nur deshalb in den Papierkorb geworfen werden müßten, weil die Übermittlung von einem Geheimdienst zur Kriminalpolizei aus verfassungsrechtlichen Bedenken der Linkliberalen und der Sozialdemokratie derzeit gesetzlich nicht möglich seien. Das Ergebnis sei nicht ein besserer, sondern ein schlechterer Schutz des Bürgers gegenüber einem immer stärker auch international sich organisierenden Verbrechersyndikat.

Schmidtbauer wies auf die Problematik hin, daß die Öffnung der europäischen Grenzen auch der Kriminalität international die Tore geöffnet habe und daß ohne eine Sicherung der Grenzen das Überschwappen der international organisierten Kriminalität nicht in den Griff zu bekommen sei.

Deutschland habe hinsichtlich der aus dem Osten kommenden Kriminalität mit Polen und Tschechien die längste Grenze in der Europäischen Union, und die übrigen EU-Länder erwarteten, daß die Bundesrepublik sich nicht zum kriminellen Einfallstor entwickle. Dieses sei auch das deutsche Eigeninteresse. Dabei falle Berlin die Rolle zu, auf kleinstem Raum alle Probleme der Inneren Sicherheit auf sich zu konzentrieren.

Nachdrücklich betonte Schmidtbauer, daß die Fragen der Inneren Sicherheit nicht nur ein Problem des Staates, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, bei der alle ihren Teil der Verantwortung übernehmen müßten. Und er unterstrich die Wichtigkeit von Absprachen und Vereinbarungen mit den östlichen Nachbarländern hinsichtlich der

Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der international organisierten Kriminalität.

Eine „abartige Diskussion“ nannte Schmidtbauer die Debatte über die elektronische Überwachung internationaler Krimineller unter dem Titel „Lauschangriffe“. In Wahrheit gelte der Angriff nicht dem Bürger, sondern er diene seiner Sicherheit gegenüber der organisierten Kriminalität.

Nachdrücklich setze sich Schmidtbauer auch für die schnelle Abschiebung kriminell gewordener Ausländer ein.

Entscheidend aber: Die Bereitschaft der Bürger, ihren Teil zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit beizutragen: „Wer Innere Sicherheit will, muß sich zur Polizei, zu ihren Aufgaben und auch zum Innensensor bekennen.“ Wir müssen, so betonte Schmidtbauer, „weg von der Wegsehgesellschaft“ und hin zur Bereitschaft zum Mithelfen, wo es erforderlich ist. Vor Ort.

Insgesamt aber sei die Innere Sicherheit nicht auf nationaler Ebene, sondern nur durch internationale Zusammenarbeit in den Griff zu bekommen. ■

Frischluff e.V.: Seminarankündigungen

Der christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. veranstaltet im Dezember zwei interessante Seminare in Bonn:

● Zum einen ein Seminar über den „Videotechnikeinsatz in der Jugendarbeit“ vom 2. bis 4. 12. 1994, wobei Gestaltungsmöglichkeiten mit dem Medium Video im Vordergrund stehen, sowohl hinsichtlich der technischen Voraussetzungen als auch bezüglich der Umsetzbarkeit eigener Ideen in Wort und Bild. Der Teilnehmerbeitrag

beträgt für Verbandsmitglieder 15 DM, sonst 20 DM.

● Zum anderen führt Frischluft vom 9. bis 10. 12. 1994 ein Seminar zum Thema „Mädchenarbeit“ durch. Teilnehmerbeitrag: 10 bzw. 15 DM.

Nähere Informationen und Programme zu beiden Seminaren sind erhältlich in der Bundesgeschäftsstelle von Frischluft e.V., Annaberger Str. 283, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/31 00 23, Fax: 02 28-31 47 03.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Presse-Kommentar

Der Verlierer hat es immer schwer, seinen Laden zusammenzuhalten. Diese Erfahrung macht nun auch Rudolf Scharping. Da ist er Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei und der SPD-Bundestagsfraktion, also mit allen Insignien eines Oppositionsführers ausgestattet — doch das Doppelamt beginnt bereits zur Doppellast zu werden.

Der Putsch am Tag nach der verlorenen Wahl, den viele vorausgesagt hatten, hat nicht stattgefunden. Aber was heißt das schon? Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder, die starken Antipoden, waren vom Kanzlerkandidaten viel zu fest eingebunden worden. Die „Troika“ werde weiterbestehen, verkündete Scharping noch am Wahlabend. Doch wie will er dieses Versprechen einlösen? Die neue Fraktion hat demonstrativ die von Lafontaine in die Ecke gedrängte Ingrid Matthäuser-Maier mit hoher Stimmenzahl als stellvertretende Fraktionsvorsitzende bestätigt. Wo

bleibt da Raum für den großen Finanzpolitiker von der Saar?

Der Streit um die eher zweitrangige Frage, wer von den SPD-Länderchefs Vorsitzender des Vermittlungsausschusses werden soll, hat Scharping die Grenzen seiner Macht vor Augen geführt. Die Ministerpräsidenten betrachten das als ihre Angelegenheit — und Scharping nicht mehr als einen der ihnen. Die voll-

Scharpings Grenzen

mundigen Ankündigungen mancher SPD-Politiker, die

Wählerentscheidung vom 16. Oktober über den Bundesrat zu korrigieren, werden an den Länderinteressen scheitern. Scharping selbst backt längst kleinere Brötchen. Er mußte erleben, daß sich seine Genossen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt Ratsschläge verbat, obwohl es bei einer möglichen PDS-Duldung um eine Prinzipienfrage für die gesamte Sozialdemokratie geht.

aus: Die Welt vom 17. November

UID

37/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07 - 1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). Abonnementpreis jährlich 52,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.